

ip i. W.,  
Dalhoff Hiltrup.

in  
xin

Unter L. W.  
Nr. 3329.

ur  
age  
wunder  
etten

in allen größeren Städten  
gegründete Konkurrenz  
"Wunder" wird  
auch in  
etten

erlunder durch D. 91.  
rat, welcher in 2 Stunden  
ch, als man die Wafchen  
ar unter größter Schärfe  
Kochen, ohne Wafchen.  
Hälfte der bisher ge-  
richt, kein Apparat in  
ein tagelanges Quälen  
sonst tagelange Quälen,  
Aufhängen. Sie können  
s von der wunderbaren  
D. 91.

e-Wafchen  
h, Donnerstag, Freitag  
3 und 5 Uhr, im Saale

t frei!  
bitte mitbringen; nach  
ten Sie dieselbe Schärfe  
Preis des Apparates ist  
rau sich denselben an-

mit etwas Kapital.  
er Ernte  
ni!

25-Wb.-Elmer-Mk. 13.-  
inkl. Verz.  
25-Wb.-Elmer-Mk. 13.-  
inkl. Verz.

erbschalen von 5, 10 und  
zum Fabrikpreis berechn.  
Alles in reinerster Be-  
nung mit nur besten  
Verband neuen Stad-

elingberge,  
Leutoburgwald).

chinen  
Drellen, Nähse, An-  
schließen, Motorbremsen  
der preisgünstigste Lieferant  
Schienenfabrik, Bork,  
Telephon 17.

nde  
Sie befehlen,  
nn Sie Schuhe  
Dann dürfen  
Erdal-venen-  
Erdal-Dose  
h durch einfache  
reitung spielend;  
nde bleiben rein

nde  
Sie befehlen,  
nn Sie Schuhe  
Dann dürfen  
Erdal-venen-  
Erdal-Dose  
h durch einfache  
reitung spielend;  
nde bleiben rein

nde  
Sie befehlen,  
nn Sie Schuhe  
Dann dürfen  
Erdal-venen-  
Erdal-Dose  
h durch einfache  
reitung spielend;  
nde bleiben rein

nde  
Sie befehlen,  
nn Sie Schuhe  
Dann dürfen  
Erdal-venen-  
Erdal-Dose  
h durch einfache  
reitung spielend;  
nde bleiben rein

nde  
Sie befehlen,  
nn Sie Schuhe  
Dann dürfen  
Erdal-venen-  
Erdal-Dose  
h durch einfache  
reitung spielend;  
nde bleiben rein

nde  
Sie befehlen,  
nn Sie Schuhe  
Dann dürfen  
Erdal-venen-  
Erdal-Dose  
h durch einfache  
reitung spielend;  
nde bleiben rein

nde  
Sie befehlen,  
nn Sie Schuhe  
Dann dürfen  
Erdal-venen-  
Erdal-Dose  
h durch einfache  
reitung spielend;  
nde bleiben rein

nde  
Sie befehlen,  
nn Sie Schuhe  
Dann dürfen  
Erdal-venen-  
Erdal-Dose  
h durch einfache  
reitung spielend;  
nde bleiben rein

nde  
Sie befehlen,  
nn Sie Schuhe  
Dann dürfen  
Erdal-venen-  
Erdal-Dose  
h durch einfache  
reitung spielend;  
nde bleiben rein

nde  
Sie befehlen,  
nn Sie Schuhe  
Dann dürfen  
Erdal-venen-  
Erdal-Dose  
h durch einfache  
reitung spielend;  
nde bleiben rein

nde  
Sie befehlen,  
nn Sie Schuhe  
Dann dürfen  
Erdal-venen-  
Erdal-Dose  
h durch einfache  
reitung spielend;  
nde bleiben rein

nde  
Sie befehlen,  
nn Sie Schuhe  
Dann dürfen  
Erdal-venen-  
Erdal-Dose  
h durch einfache  
reitung spielend;  
nde bleiben rein

nde  
Sie befehlen,  
nn Sie Schuhe  
Dann dürfen  
Erdal-venen-  
Erdal-Dose  
h durch einfache  
reitung spielend;  
nde bleiben rein

Rheider Volkszeitung

Freiwilligkeit des  
Stadtrates Bocholt.  
Künftiger Angehöriger  
des Bundesamtes  
von Bürgermeistern  
Ämtern und Beamten  
des Reiches Bocholt.  
Organ  
des Zentrumspartei.

Nummer 287

Bocholter-Bochener

# Volksblatt

Mittwoch, den 19. Oktober

Bocholter-Bochener Zeitung

Verlagsstellen  
Bocholt: Reichs-  
straße 14. Fernspr.  
Gammeln. 3054.  
Bocholt: 2. Gammeln.  
Bocholt: 3. Gammeln.  
Bocholt: 4. Gammeln.  
Bocholt: 5. Gammeln.  
Bocholt: 6. Gammeln.  
Bocholt: 7. Gammeln.  
Bocholt: 8. Gammeln.  
Bocholt: 9. Gammeln.  
Bocholt: 10. Gammeln.

Jahrgang 1927

## Reich und Länder.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß das Problem „Reich und Länder“ in der Reichsverfassung eine durchaus unbefriedigende und geradezu ungelöste Lösung gefunden hat. Darin sind sich diejenigen, die den Einheitsstaat mit Reichsprovinzen fordern, mit denjenigen einig, die auf einen Bundesstaatlichen Charakter des Reichs Wert legen, denen also die den Ländern gelassenen Rechte nicht ausreichen erscheinen. Die Unitarier verlangen, daß nunmehr nachgeholt werde, was bei der Revolution versäumt worden und bei den Weimarer Verfassungsberatungen nicht durchzuführen gewesen ist. Denn bei dem Umsturz sind ja wohl die Fürstenthronen in die Kumpelkammer befördert worden, aber Eigentum und Rang an Weltbild der sozialistischen Revolutionäre hat verblüht, daß auch die Grenzen der Länder zugunsten einer anderen Einteilung des Reichs beseitigt wurden. Und was damals versäumt worden ist, dazu reicht es in Weimar schon längst nicht mehr. Die Föderalisten sagen: Gott sei Dank. Ihnen ist dort schon viel zu viel auf dem Wege zum Einheitsstaat geschehen. Der Übergang der Gliedstaaten auf das Reich und insbesondere die Untereinteilung auf steuerlichem Gebiet, durch die die Länder und Kommunen zu Kostgängern des Reichs geworden sind, haben seit jenen Tagen immer wieder den Föderalisten Anlaß gegeben, gegen diese Ordnung der Dinge anzugehen. Wegen der Verpfichtungen durch den Dawes-Plan scheiden freilich vorläufig die zur Reichsbahn-Gesellschaft umgewandelten deutschen Reichsbahnen aus der Diskussion aus. Um so stärker aber hat diese wegen der Verhältnisse auf finanziellen Gebieten eingeleitet. Und es ist ohne weiteres zugegeben, daß die hier geltende Regelung einer gründlichen Revision bedarf. Die Frage ist nur, nach welcher Richtung revidiert werden soll. Und da scheiden sich natürlich die Geister.

Die einen, die durch den Einheitsstaat zu einer Besserung der allgemeinen Finanzlage kommen wollen, drängen darauf, daß die Aufgaben des Reichs an die Länder so gedroht werden, daß diese die Lust an ihrer Eigenstaatlichkeit verlieren und für den Einheitsstaat reif werden. Die anderen, die den Ländern möglichst wieder ihre frühere Geltung verschaffen wollen, fordern im Gegenteil, daß den Ländern mehr Eigenständigkeit gegeben wird und sie durch weitgehende Einschränkung der Reichsaufgaben in die Lage versetzt werden, auch finanziell ihren Aufgaben gerecht zu werden. Die Länder selber verstanden durch den Mund ihrer Regierungen, daß der jetzige Zustand unhaltbar sei. Und die gleichfalls von der Alimentierung durch das Reich abhängigen Kommunen äußern sich mit Entschiedenheit im selben Sinne. Man hat das ja jetzt gerade noch bei der Aussprache über die Verschaffung der Mittel für die Erhöhung der Beamtengehälter gehört. Nimmt man noch hinzu, daß ja gar kein Zweifel darin sein kann, daß unser Gesamtverwaltungsapparat zu teuer ist, daß wir eine Uebererschneidung an Zuständigkeiten haben, die unerschwinglich ist, daß es eine Fülle von Fragen gibt, für die drei, vier Stellen im Reich und in den Ländern ausreicht, daß wir uns seit einer Kompagnie von Ministern und ein kriegsstarres Regiment von Parlamentariern erlauben, daß ferner das größte deutsche Land, weil man in Weimar hoffte über ein an Einfluß in Reichsangelegenheiten beschränktes Preußen am besten zum deutschen Einheitsstaat zu kommen, im Reichsrat eine seiner Volkszahl und wirtschaftlichen Bedeutung ganz und garnicht entsprechende Position erhalten hat, so sind die wichtigsten Gesichtspunkte aufgeführt, die eine Veränderung des jetzigen Zustandes als notwendig erscheinen lassen. Aber wie diese Veränderung vorgenommen werden soll, darüber besteht die größten Meinungsverschiedenheiten.

Auf dem Parteitag der Demokraten ist das Schlagwort vom dezentralisierten Einheitsstaat aufgebracht worden. Der demokratische Führer Dr. Koch, der das Wort geprägt hat, versteht darunter die Aufteilung des Reichs in mehrere große Reichsprovinzen. Er hat nicht nur in seiner Partei Zustimmung gefunden, auch in der Deutschen Volkspartei erfährt diese Forderung Unterstützung. Aber ganz Süddeutschland mit Ausnahme von Hessen geht dagegen an. Man gibt dort wie beispielsweise der durchaus föderalistische „Badische Beobachter“, das führende Blatt des Zentrums in Baden, wohl zu, daß in der Reichsgliederung nicht alles so bleiben kann, wie es jetzt ist, aber die Umwandlung und Zusammenlegung der Länder zu Reichsprovinzen lehnt man strikte ab. Uebrigens würde es ja dazu auch einer Verfassungsänderung bedürfen, für die sich weder im Reichstag noch im Reichsrat die erforderliche Zweidrittelmehrheit finden würde; es müßten denn schon durch die nächsten Wahlen der Reichstag und die größeren Länder ein ganz anderes Gesicht bekommen. Aber auch dann würde nicht unbeachtet bleiben können, daß die Durchführung dieser Einheitsstaatspläne eine scharfe Trennung zwischen Nord- und Süddeutschland und vielleicht sogar die Wiederaufrichtung der Mainlinie zur Folge haben und daß die weiteren auch den Verzicht auf den Anschluß Österreichs, auf Großdeutschland, bedeuten würde. Erst vor kurzem hat der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel in München öffentlich ausgesprochen, daß Österreich nur einem föderalistischen Deutschland beitreten werde. Nach Lage der Dinge kommt somit eine Durchführung von

Plänen, die auf den Einheitsstaat abzielen, nicht in Frage. Das Zentrum als grundsätzlicher föderalistische Partei würde ihnen auch keine Zustimmung nicht geben können. Bemerkenswert ist auch noch, daß es sehr fraglich ist, ob durch solche verfassungsmäßige Umwandlung eine große Verwaltungsvereinfachung sich ergeben wird.

Die Erkenntnis, daß es sehr schwer sein wird, durch eine Verfassungsänderung zum Einheitsstaat zu kommen, hat zu Erwägungen geführt, ob man denn nicht auf andere Weise zu diesem Ziele gelangen könne. Schon vor längerer Zeit hat Stegerwald die Idee vertreten, daß zunächst Preußen Reichsland werden müsse. Dieser Gedanken ist dann von anderen weiter ausgearbeitet worden, und neuerdings ist der demokratische Ministerialdirektor Dr. Brecht in einem in Stettin gehaltenen Vortrag mit einem ins einzelne gehenden Vorschlag hervorgetreten. Dieser geht davon aus, daß die von anderer Seite als ersten Schritt zum Einheitsstaat angeregte Schaffung eines Großpreußens durch Angliederung der zehn kleinen norddeutschen Länder an das preussische Staatsgebiet eine Schwächung der an sich schon durch die Verfassung geschwächten Stellung Preußens im Reichsrat zur Folge haben würde. Denn Preußen würde dadurch an Stimmzahl im Reichsrat nicht wachsen, sondern wegen der verfassungsmäßigen Begrenzung auf zwei Fünftel der Gesamtstimmen von jetzt 27 auf 20 Stimmen sinken. Dann würde z. B. Bayern zur einfachen Majorisierung Preußens im Reichsrat nicht mehr wie jetzt noch 23 Stimmen anderer Länder zu seinen elf Stimmen hinzuzählen müssen, sondern nur noch fünfzehn und zur Verhinderung eines verfassungsändernden Gesetzes nur noch sechs (z. B. Sachsen, Baden und Hessen). Preußens Vergrößerung würde also seine Macht im Reich sinken lassen. Brecht schlägt daher

einen anderen Weg ohne Verfassungsänderung vor. Er regt die Personalunion des Reichs mit einzelnen Ländern an. Ein Land wie Preußen oder Mecklenburg, meint er, könne die Reichsminister zugleich als seine Landesminister bestellen, vielleicht unter Aufnahme eines Landmannes in die Reichsregierung. Die Verwaltung des Landes könne dann an Ort und Stelle von einem oder mehreren Staatssekretären geleistet werden und das Landesparlament könne sich auf kürzere Sitzungswochen beschränken, wo Reichsminister die Reichsangelegenheiten übernehmen. Das Land behalte dann Sitz und Stimme im Reichsrat, auch könne es eine ähnliche Verbindung mit Preußen oder einem anderen Lande eingehen. Ähnlich müsse dann eine Personalunion zwischen dem Reich und Preußen eintreten. Hier könne aber bei der Größe Preußens nicht so radikal verfahren werden, daß die preussischen und Reichsminister vereint werden, das könne schon wegen der räumlichen Trennung der Ministerien erst ein späteres Ziel nach längerer Erfahrung sein. Der erste Schritt müsse der sein, daß sämtliche Reichsminister zugleich die preussischen Ministerien ohne Portefeuille und ohne besondere Bezahlung übernehmen und umgekehrt alle preussischen Minister zu Reichsministern ohne Portefeuille ernannt werden. Das wären zusammen 19 Minister gegen z. B. 21 Minister des englischen Kabinetts. Die Zahl wäre dann allmählich im Laufe der Jahre zu verringern. Die Reichsratsstimmen Preußens würden durch das Gesamtkabinettsintruiert. Ernährungs- und Landwirtschaftsministerien würden dann vereinigt werden können, ebenso Handels- und Wirtschaftsministerium. Nach längerer Probezeit werde es dann nicht mehr schwer sein, Verfassungsänderungen zur weiteren Verbesserung des neuen Zustandes herbeizuführen.

Dieser Vorschlag ist verfassungsrechtlich gewiß interessant. Aber daß er sich in der Praxis durchführen läßt, erscheint uns mehr als zweifelhaft, schon deshalb, weil wir nicht glauben, daß sich in einem deutschen Landesparlament, abgesehen vielleicht von dem einen oder anderen kleinen finanzschwachen Lande, der Ultrismus findet, den der Vorschlag Brechts voraussetzt. Unseres Erachtens muß, um zu erträglichen Verhältnissen im Reich zu kommen, der Hebel anders angelegt werden: Man muß endlich einmal mit allem Ernst an eine gründliche Verwaltungsreform gehen. Dadurch sind ohne Frage erhebliche Ersparnisse zu erzielen, die Ländern und Gemeinden zugute kommen können. Das Reich muß bei dieser Reform führend vorangehen, und es muß dabei geprüft werden, ob und wie weit eine Einwirkung auf die Länder möglich ist. Ein Land wie Bayern beispielsweise stöhnt fortgesetzt über seine Finanznot, aber es tut nichts, um seinen notorisch kostspieligen Verwaltungsapparat irgendwie zu reduzieren, ja es trägt sich sogar mit der ernstlichen Absicht, ihn noch durch Errichtung einer eigenen Finanzverwaltung zu vergrößern. Es mag sein, daß die Verwaltungsreform noch nicht ausreicht wird, um das Verhältnis zwischen Reich und Ländern, das ja hauptsächlich unter den finanziellen Schwierigkeiten leidet, befriedigend zu gestalten. Das darf aber nicht hindern, zunächst einmal damit anzufangen. Denn daß die Verwaltungsreform notwendig ist, kann von niemandem, der Einblick in die Dinge hat, bestritten werden. Ist sie durchgeführt, dann wird man weiter sehen. Nur ein praktischer Anfang muß endlich gemacht werden. Theoretische, praktisch nicht durchführbare Vorschläge hat man inzwischen genug gehört.

## Das Reichstagsplenum bei der Arbeit.

Der erste Tag der Schuldebatte.

Von unserer Berliner Redaktion.

X. Berlin, 18. Okt. (Drabik.) Auf den vier Türmen des Reichstagsbaus ist wieder einmal die schwarz-rot-goldene Flagge gehißt zum Zeichen dafür, daß die Volksversammlung des Reichstags zu Beratungen zusammengetreten ist. Lange werden die Reichstagsarbeiten nicht den Unbilden der Witterung ausgesetzt sein, da die Tagung bekanntlich bereits am Sonntag dieser Woche ihr Ende finden soll.

Obwohl kein besonderer Grund zur Komplizierung der parlamentarischen Situation vorliegt, haben sich die Fraktionen der Opposition doch alle erdenkliche Mühe, diesem Ziel recht nahe zu kommen. Die Kommunisten waren natürlich am fruchtbarsten bei der Produktion von Anträgen, die infolge ihrer Flegelhaftigkeit niemals auf Annahme haben, aber immerhin zu Propaganda zwecken weiblich ausgeschlachtet werden können. Auch die Sozialdemokraten wollen nicht ins Hintertreffen kommen, wenn es gilt, Fragen aufzuwerfen, die zur Zeit garnicht akut sind. Am wenigsten verständlich ist eine Interpellation der Demokraten, die gerne wissen möchten, wie sich das Reichsschulgesetz hinsichtlich der Kosten auswirken werde. Den Herren Koch, Saas und Genossen dürfte doch bekannt sein, daß ein solcher Voranschlag augenblicklich völlig unmöglich ist. Ebenso dürften sie darüber informiert sein, daß die bei der Durchführung des Reichsschulgesetzes — vorausgesetzt, daß der Entwurf zur Annahme gelangt — erwachsenden Kosten weit hinter den Beträgen zurückbleiben werden, die bisher von Wählern der Opposition errechnet worden sind. Interpellationen, wie sie von den Demokraten gestellt wurden, nehmen sich aber recht schön aus, denn sie rühren an den Geldbeutel.

wo die meisten Wähler am empfindlichsten sind. Die Zeit bis zum nächsten Wahltermin ist ja nicht mehr weit! Fast hätte man am Dienstag dem äußeren Eindruck nach den das Parlament vor, auf die Meinung kommen können, es solle über wichtige außenpolitische Probleme, die stets eine besondere Zugkraft ausüben, ein heißer Kampf ausgetragen werden. Die Abgeordneten waren nämlich beinahe vollständig zur Stelle — Luben dort! — sah, er muß wahrscheinlich in Boten-Akt machen!

Die Tribünen konnten mehr als die anwesenden Zuhörer nicht lassen. Die Presse zeigte großes Interesse und selbst die Diplomatenlogie hatte Besuch, da der Besitzer des „Matin“, der zur Zeit in Berlin weilte, sich in Begleitung mehrerer Herren einige Minuten dort aufhielt. Auf der Ministerbank sah u. a. Reichsinnenminister von Reubell mit seinen für das Reichsschulgesetz zuständigen Mitarbeitern Pölsinger und Köster. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns stand bereit, um dem zu erwartenden Ansturm sofort die Trostkrone nehmen zu können. Kaum hatte Präsident Ebert die rein geschäftlichen Mitteilungen dem hohen Hause gemacht, als sich auch schon der Führer der Sozialdemokraten, Hermann Müller, zum Wort meldete, um darauf zu plädieren, daß anstelle des Reichsschulgesetzwurfs die Beratung über die Streitfrage in Mitteldeutschland auf die Tagesordnung gesetzt werden solle. Es handelte sich bei diesem Redner genau wie bei den drei nachfolgenden Kommunisten selbstverständlich nur um eine schwungvolle Geste. Die Sozialdemokraten wissen natürlich ganz genau, daß durch eine parlamentarische Debatte die Lage im mitteldeutschen Braunkohlenrevier nicht im geringsten geändert werden kann, sondern daß vielmehr ein vorläufiges Gerede viel größeren Schaden als Nutzen stiften könnte. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns machte denn auch sogleich auf die bei

einer Beratung des Gegenstandes eintretende Verwirrung der Lage aufmerksam und gab die Versicherung ab, daß im Laufe dieser Woche das angeschnittene Thema noch im Parlament besprochen werde. Er habe jedoch, so fügte der Minister hinzu, die durch Tatsachen begründete Hoffnung, daß die Verhandlungen zwischen den Streitenden und den Arbeitgebern vielleicht schon am Mittwoch oder Donnerstag wieder aufgenommen und zu einem günstigen Ergebnis geführt werden könnten. Soweit wir unterrichtet sind, trifft diese Angabe völlig zu und es steht zu erwarten, daß eine Debatte über den Streik im Braunkohlenrevier durch Beilegen des Konflikts überflüssig werden dürfte. Bei der Abstimmung über die Änderungsanträge blieb es bei der festgesetzten Tagesordnung.

Um 4 Uhr, d. h. nach Verlauf einer vollen Stunde, konnte Reichsinnenminister Dr. v. Reubell endlich den vorgelegten Entwurf des Reichsschulgesetzes begründen. Von dem Minister wird vielfach behauptet, er könne mit Leidenschaftlichem Fanatismus für bestimmte Probleme eintreten. Man hätte den Wunsch gehabt, daß sich von dieser Leidenschaft am Dienstag eine stärkere Portion zum Durchbruch verhoffen hätte. So aber stand Herr von Reubell in eiserner Ruhe auf seinem Platz, das Manuskript seiner Rede in der Hand. Wenn auch zugegeben werden muß, daß sich in seinen Ausführungen eine zielbewußte Klarheit äußerte, so war die Eintönigkeit des Vortrages doch nicht geeignet, einen lebhaften Widerhall im Hause zu erwecken. Nicht einmal Zwischenrufe setzte es ab, obwohl die Vorlage doch so sehr umstritten ist. Etwa 10 Minuten — und die Entscheidung der Geister wäre vielleicht in der ersten Stunde erkennbar geworden. Nur am Schluß spendeten die Mitglieder der Regierungskoalition Beifall, während auf der linken Seite des Hauses einige Blicke vernehmbar waren. In der Diskussion sprach als erster Redner der Sozialdemokrat Schred. Obwohl er recht kräftig ausholte, bekamen die Befürworter des Reichsschulgesetzes doch nicht den leisesten Schred. Es ist ja noch nicht aller Tage Abend. Der demokratische Abgeordnete Wum verteidigte in seiner ruhigen und vornehmen Art den Entwurf, wie er es bei früheren Gelegenheiten schon mehrfach getan hat. Für das Zentrum legte der Abgeordnete Heintländer mit ruhiger, tiefgefügter Ueberzeugung die Gründe dar, welche für die Inkraftsetzung eines Schulgesetzes ins Feld geführt werden können. Er unterstrich mit scharfer Logik die in unseren Kreisen hinlänglich bekannten Argumente, die zur Erhaltung des christlichen Charakters des deutschen Volkes ausschlaggebend sind.

Die Festsetzung der Tagesordnung für Mittwoch brachte noch einige erhebliche Momente, zu denen die Kommunisten hinreichend Stoff lieferten. Am Schluß löste sich aber alles in Wohlgefallen auf.

## Sitzungsbericht.

X. Berlin, 18. Oktober. Präsident Ebert eröffnete die erste Sitzung nach der Sommerpause mit Begrüßungsworten an die Abgeordneten. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Reichsschulgesetzes. Am dem stark besetzten Tisch

## Die Zentrumsfraktion fordert Wahlrechtsänderung.

Einbringung einer Interpellation im Reichstag.

Berlin, 18. Okt. (Gla. Drabik.)

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat folgende Interpellation eingebracht: „Das geltende Wahlverfahren zum Reichstag der deutschen Republik hat schwerwiegende Mängel im Gefolge gehabt. Durch die Listenwahl wird die Beeinflussung der Bewerber-Auswahl seitens der Gesamtbevölkerung wesentlich beeinträchtigt. Die Größe der Wahlkreise macht die notwendige enge Vertrauensverbindung zwischen Wählerkreis und Abgeordneten unmöglich. Wir fragen an: Ist die Reichsregierung bereit, einen Gesetz-

entwurf, der das Wahlverfahren zur Beseitigung dieser Mängel umgestaltet, so rechtzeitig einzubringen, daß er noch von dem jetzigen Reichstag verabschiedet wird?“

Der Schritt, den die Zentrumsfraktion des Reichstages mit der Einbringung dieser Interpellation getan hat, entspricht den Erwartungen der Zentrumswahlkreise. Die Reichsregierung und insbesondere der Reichsinnenminister werden dadurch gezwungen, nunmehr zu der Wahlrechtsfrage Stellung zu nehmen. Das Kabinetts kann auf die Interpellation unmöglich ablehnend antworten, und man darf wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß somit endlich die Reform des Reichstagswahlrechts in Gang kommt.

der Bevollmächtigten der Länder ist auch der preussische Kultusminister Dr. Beder.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Müller-Franken (Soz.), die Schulvorlage von der Tagesordnung abzusetzen. Nach der Ablehnung der Vorlage durch den Reichstag habe die Regierung das sonderbare Verlangen ausgedrückt, ihre ursprüngliche, zweifelslos verfassungswidrige Vorlage, im Reichstag einzubringen. Da eine qualifizierte Mehrheit für den Entwurf nicht vorhanden sei, würde seine Beratung nur Zeitverschwendung sein. Der Redner beantragte statt der Schulvorlage die sozialdemokratischen Interpellationen zur Feuerung und zum mitteldeutschen Braunkohlenstreik zu beraten.

Abg. Dr. Fried (Nat. Soz.) verlangt die Beratung eines Antrages, der sich gegen die im August vorgelegene polizeiliche Festnahme von Berliner Zeitungsredakteuren des nationalsozialistischen Partei-tages wendet.

Abg. Schäfer (Komm.) fordert die Ablehnung der Schulvorlage von der Tagesordnung und dafür die Beratung kommunistischer Anträge zur Feuerungsfrage. Schließlich verlangt der Redner die Beratung eines kommunistischen Antrages auf Auflösung des Reichstages.

### Der Arbeitsminister über den Bergarbeiterstreik.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, er stehe in ständiger Fühlung mit beiden Parteien im Bergarbeiterstreik. Er habe auch die durch Tatsachen begründete Hoffnung, daß die bevorstehende Wiederaufnahme der Verhandlungen zu einer Befriedigung führen werde. (Rufe bei den Kommunisten: Sie sind der Schuldige!) Der Minister erklärt, daß nach vor Ablauf dieser Woche der Bergarbeiterstreik im Reichstag zur Besprechung kommen soll.

Abg. Graf Westarp (D. Ntl.) tritt für die sofortige Beratung der Schulvorlage ein. Die Ablehnung durch den Reichstag sei kein verfassungswidriges Hindernis der Beratung.

Abg. Haas (Dem.) verlangt von der Regierung Aufklärung darüber, ob sie wirklich vollständig hinter der Schulvorlage stehe. Im Lande werde behauptet, daß die beiden völksparteilichen Minister mit dem Schulgesetzentwurf nicht einverstanden seien. (Hört! Hört! links.)

Abg. Jachalski (Komm.) richtet Angriffe gegen den Reichsarbeitsminister wegen seiner Haltung im Bergarbeiterstreik und beantragt den streikenden Bergarbeitern Erwerbslosenunterstützung zu gewähren. Er bringt weiter einen

Mittrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister.

Minister Dr. Brauns erwidert, die von dem Vorredner verwirklichten Mittelungen des Reichsarbeitsministers über den Minister's Haltung zum Streik seien vollständig falsch.

Abg. v. Gumbard (Z.) erklärt, im Gegensatz zum Abgeordneten Müller-Franken habe das Zentrum die Schulvorlage nicht für verfassungswidrig erklärt, darum sollte man zur Klärung der Meinungsverschiedenheiten recht bald mit der Beratung beginnen. Die Beratung der Interpellation zum Bergarbeiterstreik verlange auch das Zentrum noch in dieser Woche.

Abg. Hädel (Komm.) verlangt die Beratung einer Interpellation zur Streikfrage und zum Schlichtungsverfahren. Dem Reichsliberalen steht es nicht an zu glauben als dem Minister.

Abg. Dr. Haas (Dem.) fragt nochmals, ob sämtliche Mitglieder der Reichsregierung die Schulvorlage ablehnen wollen.

Gegen die Linke und die Rechten werden die Anträge auf Änderung der Tagesordnung abgelehnt. Es bleibt dabei, daß die Schulvorlage zur ersten Beratung kommt. Damit wird verbunden die Beratung einer demokratischen Interpellation über die Frage der Kostenbefreiung.

### Reichsinnenminister v. Wendt:

Der Entwurf entspreche der Sehnsucht vieler Kreise der christlichen Elternschaft nach einem christlichen Schulgesetz und er trage auch dem Verlangen nach einer geordneten Entwicklung der verschiedenen Schulformen Rechnung. Die Reichsverfassung, so fährt der Minister fort, schreibt keinen einheitlichen Schulpflicht für die Volksschule vor. Unverfänglich ist es aber, Mindestgrundsätze reichsgesetzlich aufzustellen, um die einheitliche Volksschule in den verschiedenen Bundesländern zu sichern und zu fördern. Allen bisherigen Entwürfen für ein Schulgesetz ist

der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit

unter Anführung bestimmter Punkte gemacht worden. Gerade in diesen Punkten unterscheidet sich aber die vorliegende Vorlage von den früheren. Nach dem Vorwurf der Verfassungswidrigkeit der Gemeinschaftsschule nur für die ersten Stufen der Grundschule gelten. Von demokratischer Seite wird die Verfassungsbestimmung anders ausgelegt. Bei dem Widerspruch der juristischen Meinungen kann jedenfalls die letzte Regierungsvorlage nicht als verfassungswidrig angesehen werden. Diese Vorlage vermeidet es, den Ländern eine ganz bestimmte Schulform aufzuzwingen. Sie läßt vielmehr

den verschiedenen Schulsystemen Raum zum friedlichen Wettstreit.

Sie sichert mit dem Antragsrecht auch den Eltern einen Einfluß, der der Verfassung nicht widerspricht.

Die Notwendigkeit dieses Einflusses der Erziehungsberechtigten

hat auch der frühere Staatssekretär Schulz in mehreren Reden betont. (Hört! Hört! rechts.) Er bezeichnet das Antragsrecht der Eltern geradezu als ein Erfordernis im demokratischen Staat. Der vorliegende Entwurf will dieses Recht sichern und zugleich einen geordneten Schulbetrieb gewährleisten. Aus den bestehenden Verhältnissen in den meisten Ländern ergibt sich zwingend, daß

den Kirchen ein gewisser Einfluß auf den Betrieb der Schulen ihres Bekenntnisses eingeräumt werden muß.

daß die Kostenfrage kann sich die Regierung erst äußern, wenn die endgültige Gestaltung des Schulgesetzes feststeht. Die Frage des Abgeordneten Dr. Haas kann ich dahin beantworten, daß

der Entwurf einmütig vom Reichskabinett eingebracht und die Stellungnahme der beiden völksparteilichen Minister schon damals in der Presse veröffentlicht worden ist.

Nach habe dem nicht hinzuzufügen. Der Reichsminister hat schon in seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen, daß unsere Kultur auf christlicher Grundlage beruht und daß auch das neue Schulgesetz Rechnung tragen soll. Wir wollen mit dem vorliegenden Entwurf dieses Verprechen der Regierungserklärung erfüllen. In unserer Zeit der Zersplitterung und Schwäche müssen wir unserer Jugend die Möglichkeit geben, sich zu verwirklichen, innerlich freien Männern heranzubilden.

Wahre Freiheit besteht aber nur dort, wo der Mensch gebunden ist an Gott.

In einer Zeit der Autoritätslosigkeit kann Gerechtigkeit nur geschaffen werden durch die letzte, höchste Autorität. So

## Verhärterung des Streiks im Braunkohlenbergbau.

### Ruhiger Verlauf.

Halle, 18. Oktober. Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat dadurch eine Verhärterung erfahren, daß nach Mitteilung der Zentralstreikleitung zum größten Teil diejenigen Leute, die gestern noch angefahren sind, ihre Arbeit heute nicht mehr aufgenommen haben. Mit ganz wenigen Ausnahmen werden heute nur noch die von den Gewerkschaften zugelassenen Kohlenarbeiten verrichtet. Irgendwelche Terrorakte und Unruhen sind nach Mitteilung der Streikleitung nicht vorgekommen.

### Das Reichsarbeitsministerium wird verhandeln.

Berlin, 18. Okt. Das Reichsarbeitsministerium hat, wie uns mitgeteilt wird, die enge Fühlungnahme mit den beiden sich gegenüberstehenden Parteien auch nach Ausbruch des Streiks im mitteldeutschen Braunkohlengebiet nicht aufgegeben. Es wird so bald wie möglich die Verhandlungen wieder aufnehmen, und es besteht die begründete Hoffnung, daß dies zu einer Beilegung des Streiks führen wird.

### Neue Einigungsverhandlungen.

Berlin, 18. Okt. Zur Fortsetzung des Einigungs- und Schlichtungsverfahrens im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat der Schlichter die Parteien auf Donnerstag, den 20. Oktober, nach Berlin geladen.

### Die Parteien erscheinen zu den Schlichtungsverhandlungen.

Halle, 18. Okt. Der deutsche Braunkohlenindustrieverein und die Streikleitungen erklären, daß sie der Einladung des Schlichters zur Fortsetzung der Schlichtungsverhandlungen auf Donnerstag vormittag Folge leisten werden.

### Ein Aufruf der Zentralstreikleitung.

Halle, 18. Okt. Die Zentralstreikleitung hat folgenden Aufruf erlassen: Die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter stehen seit Montag im Streik zur Erzielung besserer Löhne. Dieser Kampf ist rein wirtschaftlicher Natur. Er hat mit anderen Bestrebungen nichts zu tun. Der Lohnkampf wird nur von den Gewerkschaften geführt. Obwohl nicht der mindeste Anlaß zu besonderen politischen Maßnahmen vorliegt, haben eine Anzahl Behörden, insbesondere in den Provinzen Halle, Kassel, Heilmann und Senftenberg, Polizeiverstärkungen durchgeführt. Teilweise haben Landräte und Schupo eine einseitige Haltung gegen die Streikenden eingenommen, sogar Flugblätter beschlagnahmt und das Streikpostenheft verboten. Auf vielen Werken sind Polizeikommandos stationiert worden. Gegen diese Maßnahmen ist bei den zuständigen Regierungsstellen Beschwerde erhoben worden. Es hat den Anschein, als ob einige Behörden völlig unter dem Einfluß der Grubendirektionen stehen. Wir heißen diese Polizeimaßnahmen für völlig unberechtigt und für nicht notwendig. Streikleitung und Streikende werden ohne Mithilfe der Polizei alles tun, was notwendig ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Die unterzeichnete Streikleitung fordert aber dennoch die Befolgung der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie auf, Ruhe, Ordnung und Disziplin zu wahren und nur den Anordnungen der Gewerkschaften Folge zu leisten. Die Zentralstreikleitung hat zu Beginn des Kampfes Maßnahmen für die örtlichen Streikleitungen herausgegeben. Bei Verletzung von Reichsangehörigen wird die Zentralstreikleitung in jedem Fall die rechtliche Verantwortung übernommen. Trotz alledem ist bereits in einem Fall die Zentralstreikleitung eingegriffen worden. Die Zentralstreikleitung erklärt nochmals, daß dringende Maßnahmen zur Verhinderung von Streikenden betriebl. werden. Die Entscheidung über die Notwendigkeit und den Umfang der Notstandsarbeiten obliegt zunächst den örtlichen

Organisationen. In Streikfällen ist die Zentralstreikleitung schnellstens zur Vermittlung anzurufen. Sollte dennoch ohne Vorhergehen solcher Verhandlungen die Technische Röhre in einem Betrieb eingesetzt werden, so wird die Zentralstreikleitung als Gegenmaßnahme die Zurückziehung sämtlicher Kohlenarbeiter sofort anordnen.

Die Zentralstreikleitung erklärt weiter, daß der Streikverband zur Unterstützung der streikenden Braunkohlenarbeiter in Mitteldeutschland eine Million Mark angewiesen habe. Die tatsächliche Regierung sei an die Zentralstreikleitung herangekommen mit dem Verlangen, die Verlegung des Streikgebietes mit Strom zu gewährleisten. Hieraus habe die Streikleitung jedoch nicht eingehen können. Eine einseitige Beilegung der Stromverlegung Berlins hält die Streikleitung für ausgeschlossen. — Die Technische Röhre teilt mit, daß die gestrige Nachricht von der Einschaltung der Technischen Röhre in Hinterpommern nicht den Tatsachen entspricht.

### Aufruf des Reichsvorstandes des Gewerkevereins kreisl. Bergarbeiter.

A Bochum, 18. Okt. Der Hauptvorstand des Gewerkevereins kreisl. Bergarbeiter richtet an die Mitglieder des Gewerkevereins einen Aufruf zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter im mitteldeutschen Braunkohlengebiet. In ihm wird der ausgebrochene Lohnkampf als unvermeidlich bezeichnet. Die Löhne der Bergarbeiter in diesem Gebiet seien niedriger als sonst in allen anderen Kohlenrevieren. Die Lage der Bergarbeiter sei dort sehr traurig geworden, daß zum letzten Mittel, dem Streik, gezwungen werden mußte. Alle friedlichen Mittel seien erschöpft. Der Streik sei unter Zustimmung aller Organisationen, auch mit Zustimmung des Hauptvorstandes des Gewerkevereins kreisl. Bergarbeiter beschlossen worden. Der Kampf erfordert große Mittel; der Hauptvorstand habe daher beschlossen, daß sämtliche nicht am Streik beteiligten Mitglieder, die Löhne nicht am Streik beteiligten Angehörigen, für die Zeit von vier Wochen einen doppelten Beitrag zahlen sollen. Es müsse alles getan werden, um den notleidenden Bergarbeitern im mitteldeutschen Kohlenrevier in ihrem berechtigten Kampf zum Siege zu verhelfen.

### Entlassungen von Bergarbeitern im Anhrbergbau.

Essen, 18. Okt. Nachdem bereits auf der zum Mannesmann-Konzern gehörigen Zeche Königin Elisabeth in Essen 200 Bergleute zum 15. Oktober gekündigt sind, und zum selben Zeitpunkt auf den Rheinisch-Westfälischen in Bottrop 500 Bergarbeiter zur Entlassung gekommen sind, wird heute dem WZV-Hauptdienst gemeldet, daß sich die Harpener Zeche A. G. genötigt sieht, auf der zu ihr gehörenden Schachtanlage Julia in Herne 320 Bergarbeiter zum 1. Nov. d. J. zu entlassen. Als Grund für die Kündigungen wird der augenblicklich schlechte Absatz bezeichnet. Weiter beabsichtigt die Zeche, demnächst zwei Abteilungen unter Tage stillzulegen.

### Mitbestimmung im Ruhrrevier.

Essen, 18. Okt. In den Kreisen der Bergarbeiterverbände und der Metallarbeiterverbände herrscht zurzeit eine gewisse Erregung darüber, daß trotz steigender Preise die Löhne noch bis Ende April nächsten Jahres bezogen werden. Bis 31. Dezember d. J. Gültigkeit haben und die Aussicht für eine wirtschaftliche Erhöhung der Löhne noch gering ist. Die Bergarbeiterverbände wie auch die Metallarbeiterverbände werden zum nächstmöglichen Termin ihr Lohnabkommen kündigen und weiterhin bemüht bleiben, schon jetzt eine wirtschaftliche Erhöhung der Löhne zu erreichen.

Grundlage die freie Entwicklungsmöglichkeit der drei verfassungsmäßigen Schulformen ist. Wo sie eingewurzelt sind, müssen evangelische Schulen für evangelische Kinder, katholische Schulen für katholische Kinder auf der Grundlage des verfassungsmäßigen Elternrechts errichtet sein. Wir können die Vorlage nicht für verfassungswidrig ansehen, denn nach dem Wortlaut der Verfassung ist der Wille der Erziehungsberechtigten maßgebend zu berücksichtigen. Wir haben Verständnis für

die besonderen Schwierigkeiten Süddeutschlands, hatten es aber nicht für ratsam, daß fast jeden Tag ein neues Land behauptet, es sei geschichtlich im Widerspruch.

### Abg. Rheinländer (Zentr.)

erklärt, das Zentrum betrachte die Vorlage als eine brauchbare Grundlage für weitere Verhandlungen. Er beantragte die Überweisung an den Bildungsausschuß. Das in der Weimarer Verfassung festgelegte Elternrecht sei immer die Maßnahme gewesen. Davon ausgehend müsse das Zentrum auch

jede Bevorzugung einer bestimmten Regelschule ablehnen.

Dem Staat soll keineswegs das Recht genommen werden, in seinen Schulen den Unterricht zu regeln. Wir bestreiten nur die Schul- und Unterrichtsmittel des Staates. Wir wollen auch den Religionsunterricht nicht der Kirche entziehen lassen, die dazu berufen ist. Wir werden uns bemühen, den vorliegenden Entwurf gerade in der Richtung zu verbessern, daß das alte Recht der Kirche auf den Religionsunterricht besser gewahrt wird als bisher. Wir halten die Befreiung der Eltern nur unter dem Druck der Kirche für die Befreiung der Eltern. Das wird schon durch die Tatsache widerlegt, daß in Baden die meisten Katholiken für die Gemeinschaftsschule gestimmt haben. Wir möchten aber auf der anderen Seite auch die kirchlichen Schulformen nicht den Weg verfeuern, wenn sie dem Willen der Elternschaft entsprechen. Nach dem Gesetz der Minderheitsabkommen ist

den fremdsprachigen deutschen Staatsbürgern die Befreiungsschule gesetzlich.

da darf man doch die kirchlichen Staatsbürger nicht schlechter behandeln wollen. Wir erkennen immer den Geist der Volksgemeinschaft. Dieser Geist wird aber nicht gefährdet, sondern gestärkt durch die Befreiungsschule. Die Kostenfrage ist sehr noch nicht klar zu übersehen, aber zu ihrer Lösung wird sich schon ein Weg finden lassen, wenn das Reich die Übergangskosten übernimmt.

Um 18.30 Uhr wird die Beratung des Schulgesetzes auf Mittwoch 19. Okt. vertagt.

Vorher wird noch ein kommunistischer Antrag über

die Saargängerunterstützungen dem Ausschuss überwiesen.

Ohne Aussprache werden die Grenzberichtigungsabkommen mit Frankreich und das Luftverkehrsabkommen mit Italien in allen drei Lesungen angenommen.

Das Uebereinkommen über die internationale Redaktionsordnung der Schächten geht an den auswärtigen Ausschuss.

Angenommen werden in allen drei Lesungen die internationale Redaktionsordnung der Eisenbahnen und das Luftverkehrsabkommen mit Großbritannien.

Bei der Feststellung der Tagesordnung für die Mittwochsitzung entwickelte sich

eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

Die Kommunisten beantragten die Ablehnung der Schulvorlage und dafür die Beratung kommunistischer Anträge und Interpellationen. Die Beratung ihrer Anträge wurde in mehreren Abstimmungen abgelehnt, und Abgeordneter Graef erklärte, damit sei automatisch sein Vorschlag angenommen auf Weiterberatung des Schulgesetzes. Die Abgeordneten Stöcker (Komm.), Koch-Weser (Dem.) und Wittmann (Soz.) bezeichneten dagegen die Abstimmung über die beantragte Ablehnung des Schulgesetzes als ungültig. Abgeordneter Leicht (Bayr. Sp.) rief den Abgeordneten, die Abstimmung vorzunehmen, da sie zweifelhaft sei. Nach einem längeren, oft von Rufen und Gelächern begleiteten Wortwechsel über die Auslegung der Geschäftsordnung mit der Linken ließ Abgeordneter Graef schließlich abstimmen mit dem Ergebnis, daß nach seinem Vorschlag die Weiterberatung der Schulvorlage auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

### Ministerbesprechung und Kabinettsitzung.

Berlin, 18. Okt. Das Reichskabinett hielt heute nachmittag im Reichstag eine Ministerbesprechung ab, an der sich eine Kabinettsitzung anschloß, die bis gegen 7.30 Uhr dauerte. Wie das WZV aus parlamentarischen Kreisen erfährt, galten die Beratungen hauptsächlich wirtschaftlichen und finanziellen Fragen und anderen laufenden Angelegenheiten, so z. B. der Saargängerfrage. Mit dem Schulgesetz hat sich das Kabinett noch nicht weiter beschäftigt, da die Entwicklung zunächst bei den Fraktionen der Regierungsparteien liegt. Ebenso hat das Kabinett zum Kohlenarbeiterstreik in Mitteldeutschland noch nicht Stellung genommen; es dürfte zunächst den Erfolg der Schlichtungsverhandlungen abwarten, die für Donnerstag angelegt sind. Die Besetzung des Reichsfinanzministers in Washington wird voraussichtlich in den nächsten Tagen entschieden werden.

### Entkaltung der Bitten Eberts und Hindenburgs im Reichstag.

Berlin, 18. Okt. Im Reichstag wurden heute die Moratorien der beiden Reichspräsidenten Ebert und von Hindenburg in feierlicher Weise entkaltet und vom Reichstagspräsidenten in die Akten des Reichstags aufgenommen.

Die Bitten sind auf hohen Säulen im Ruppelraum der Wandelhalle aufgestellt. Für die Feierlichkeit war der Ruppelraum mit Vorhängen, Blumen und Tannenzweigen schmückend geschmückt. An der Spitze stand der Reichstagspräsident Dr. Graef sowie die übrigen Mitglieder des Kabinetts und eine große Anzahl von Abgeordneten aller Parteien, mit Ausnahme der kommunistischen, teil. Von den Vertretern der Reichspräsidenten Staatssekretär Weizsäcker, von einem mit der schwarz-rot-goldenen Reichsfahne überdeckten Podium aus hielt der Reichstagspräsident eine kurze Ansprache, in der er darauf hinwies, daß unter der neuen Staatsform die Ehre des Reichs nicht im Erbgang einem Fürsten zufalle, sondern das Volk selbst einen Fürsten wähle, dessen Träger der Reichstag und Staatsbankrott erwählt. Beide Reichspräsidenten seien Vorläufer der Opferwilligkeit, mit der sie ihr hohes Amt übernommen hätten. Der Reichstagspräsident dankte dann dem Schöpfer der Standbilder und schloß mit den Worten: „Ich übernehme hiermit die Standbilder für die Reichstagsverwaltung und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß sie jeden Besucher, den fremden Besucher und den Abgeordneten, daran erinnern möge, was der hochheilige Patriot seinem Lande und seinem Volke geben soll.“

### Die Wahlen in Norwegen.

Ein Rud nach links.

Oslo, 18. Okt. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Stortingswahlen sind die Stimmengruppen der kirchlichen Parteien mit Ausnahme der Bauernpartei beträchtlich zurückgegangen, während die Vereinigte norwegische Arbeiterpartei einen starken Stimmengewinn gewonnen hat. Besonders die Konfessions- und Nationalisten (Freisinnige Linke) haben große Verluste erlitten, so daß der Rücktritt der konservativen Regierung Lyffe, die im Parlament nur eine Mehrheit von zwei Stimmen hat, als sicher gelten muß. Die Wahlen waren im größten Teil des Landes von gutem Wetter begünstigt. Die Wahlbeteiligung war stark. In Oslo stimmten 82 v. H. der Wähler.

Die Niederlage der „Rechten“ ist in der Hauptsache auf die Wahlkampagne in einigen Kreisen zurückzuführen. Die eigentlichen norwegischen Konfessionsparteien und Nationalisten zusammengefaßt. Im Parlament haben die Nationalisten in der Regierung keine eigene Mehrheit erreicht. In der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen. Die Nationalisten haben die Regierung verurteilt, besonders in der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen. Die Nationalisten haben die Regierung verurteilt, besonders in der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen.

Die Niederlage der „Rechten“ ist in der Hauptsache auf die Wahlkampagne in einigen Kreisen zurückzuführen. Die eigentlichen norwegischen Konfessionsparteien und Nationalisten zusammengefaßt. Im Parlament haben die Nationalisten in der Regierung keine eigene Mehrheit erreicht. In der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen. Die Nationalisten haben die Regierung verurteilt, besonders in der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen.

Die Niederlage der „Rechten“ ist in der Hauptsache auf die Wahlkampagne in einigen Kreisen zurückzuführen. Die eigentlichen norwegischen Konfessionsparteien und Nationalisten zusammengefaßt. Im Parlament haben die Nationalisten in der Regierung keine eigene Mehrheit erreicht. In der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen. Die Nationalisten haben die Regierung verurteilt, besonders in der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen.

Die Niederlage der „Rechten“ ist in der Hauptsache auf die Wahlkampagne in einigen Kreisen zurückzuführen. Die eigentlichen norwegischen Konfessionsparteien und Nationalisten zusammengefaßt. Im Parlament haben die Nationalisten in der Regierung keine eigene Mehrheit erreicht. In der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen. Die Nationalisten haben die Regierung verurteilt, besonders in der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen.

Die Niederlage der „Rechten“ ist in der Hauptsache auf die Wahlkampagne in einigen Kreisen zurückzuführen. Die eigentlichen norwegischen Konfessionsparteien und Nationalisten zusammengefaßt. Im Parlament haben die Nationalisten in der Regierung keine eigene Mehrheit erreicht. In der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen. Die Nationalisten haben die Regierung verurteilt, besonders in der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen.

Die Niederlage der „Rechten“ ist in der Hauptsache auf die Wahlkampagne in einigen Kreisen zurückzuführen. Die eigentlichen norwegischen Konfessionsparteien und Nationalisten zusammengefaßt. Im Parlament haben die Nationalisten in der Regierung keine eigene Mehrheit erreicht. In der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen. Die Nationalisten haben die Regierung verurteilt, besonders in der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen.

Die Niederlage der „Rechten“ ist in der Hauptsache auf die Wahlkampagne in einigen Kreisen zurückzuführen. Die eigentlichen norwegischen Konfessionsparteien und Nationalisten zusammengefaßt. Im Parlament haben die Nationalisten in der Regierung keine eigene Mehrheit erreicht. In der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen. Die Nationalisten haben die Regierung verurteilt, besonders in der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen.

Die Niederlage der „Rechten“ ist in der Hauptsache auf die Wahlkampagne in einigen Kreisen zurückzuführen. Die eigentlichen norwegischen Konfessionsparteien und Nationalisten zusammengefaßt. Im Parlament haben die Nationalisten in der Regierung keine eigene Mehrheit erreicht. In der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen. Die Nationalisten haben die Regierung verurteilt, besonders in der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen.

Die Niederlage der „Rechten“ ist in der Hauptsache auf die Wahlkampagne in einigen Kreisen zurückzuführen. Die eigentlichen norwegischen Konfessionsparteien und Nationalisten zusammengefaßt. Im Parlament haben die Nationalisten in der Regierung keine eigene Mehrheit erreicht. In der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen. Die Nationalisten haben die Regierung verurteilt, besonders in der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen.

Die Niederlage der „Rechten“ ist in der Hauptsache auf die Wahlkampagne in einigen Kreisen zurückzuführen. Die eigentlichen norwegischen Konfessionsparteien und Nationalisten zusammengefaßt. Im Parlament haben die Nationalisten in der Regierung keine eigene Mehrheit erreicht. In der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen. Die Nationalisten haben die Regierung verurteilt, besonders in der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen.

Die Niederlage der „Rechten“ ist in der Hauptsache auf die Wahlkampagne in einigen Kreisen zurückzuführen. Die eigentlichen norwegischen Konfessionsparteien und Nationalisten zusammengefaßt. Im Parlament haben die Nationalisten in der Regierung keine eigene Mehrheit erreicht. In der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen. Die Nationalisten haben die Regierung verurteilt, besonders in der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen.

Die Niederlage der „Rechten“ ist in der Hauptsache auf die Wahlkampagne in einigen Kreisen zurückzuführen. Die eigentlichen norwegischen Konfessionsparteien und Nationalisten zusammengefaßt. Im Parlament haben die Nationalisten in der Regierung keine eigene Mehrheit erreicht. In der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen. Die Nationalisten haben die Regierung verurteilt, besonders in der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen.

Die Niederlage der „Rechten“ ist in der Hauptsache auf die Wahlkampagne in einigen Kreisen zurückzuführen. Die eigentlichen norwegischen Konfessionsparteien und Nationalisten zusammengefaßt. Im Parlament haben die Nationalisten in der Regierung keine eigene Mehrheit erreicht. In der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen. Die Nationalisten haben die Regierung verurteilt, besonders in der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen.

Die Niederlage der „Rechten“ ist in der Hauptsache auf die Wahlkampagne in einigen Kreisen zurückzuführen. Die eigentlichen norwegischen Konfessionsparteien und Nationalisten zusammengefaßt. Im Parlament haben die Nationalisten in der Regierung keine eigene Mehrheit erreicht. In der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen. Die Nationalisten haben die Regierung verurteilt, besonders in der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen.

Die Niederlage der „Rechten“ ist in der Hauptsache auf die Wahlkampagne in einigen Kreisen zurückzuführen. Die eigentlichen norwegischen Konfessionsparteien und Nationalisten zusammengefaßt. Im Parlament haben die Nationalisten in der Regierung keine eigene Mehrheit erreicht. In der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen. Die Nationalisten haben die Regierung verurteilt, besonders in der Presse aber, besonders in den Nationalisten, die Regierung verurteilen.

Erhebung  
Die Erhebung  
(4. Vierteljahr 1930)  
Zeit vom 20. —  
bezieht pro Mit-  
bestimmung.

Kath.  
für heute Abend  
Frankfurt der N.

Hohes M.  
80. Geburtstag  
neuer Körperlicher  
kann noch ohne  
sichem Glückwüns-

Hohes M.  
Straße, langjährig  
in Bocholt, kann  
körperlicher Glück-  
wünschen.

Betriebs-  
hiesigen Maschinen-  
Arbeiter von dem  
der Verunglückten  
Lebenden erlitten  
zum Stantenhaus.

Tambour-  
den das Tambour-  
seiner Stille-  
reiche hiesige un-  
erhalten folgende:

1. Ehrenpreis  
1. Preis Wulff  
— 2. Klasse: 1.  
Hamborn-Marglo-  
bruch. — 2. Par-  
Feldmar; 2. Eh-

2. Preis Bocholt  
(Schloß); 1. Eh-  
Sterntreide; 1. P.  
3. Coaspielen; 2.  
Ehrenpreis

2. Kriegerdenkmal  
Müllingen; 2. Eh-  
Marglo; 2. Preis  
1. Preis Wulff  
Emmerich. — 3.

Ringenberg; 3. I.  
1. Preis Hornhöl-  
Belling, Westf.-  
sum. 1. Preis 2.

2. Preis Tambour-  
Heilmann, Wals-  
der, Wilmensham;  
1. Preis Tambour-  
Sterntreide. — D.

Klasse Wulff,  
Weistreit dürfte  
Teilnehmen von  
ihrer Kunst dem  
sein, daß das Land  
auf auswärtigen  
hohen Preisen an-

m. Kurios fi-  
hört der Volkswen-  
Raderborn den 6.  
Er dient der Ein-  
dem Klerus ge-  
gemeinschaft ern-

Seelsorgefragen  
Vollstündig, Da-  
bestätigt. Die  
tagenden für die  
Halt. Sie finden

Abgesand für die  
von 5 Mark für  
den 28. Oktober  
meldungen sind  
(Aufstellung) in  
Sekretariat in Gf-  
gedruckte Protopol-

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.

t. Schüttenke-  
fürst. Am vergan-  
die hier bei dem  
Kassanten gekauf-  
Männer fleischer-  
pflügig der Wst,  
stützte aus betrü-  
wegen. Er hatte  
Schüler vorrenn-  
leistungen erlitten,  
gebracht.



**Kath. Akademiker,**  
besucht,  
wenn ihr nach Berlin kommt,  
die kath. akademische Lesehalle  
NW. 6. Albrechtstr. 11.

**31.12.16**  
**Offen für 16**  
Jahre

„Derbe-Geist“ bewirkt: Beseitigung von Gicht, Rheuma, Arteriosklerose, Bluthochdruck, Herz-Kreislauferkrankungen, Nerven- und Verdauungsstörungen. Schützt in allen Fällen vor Herz-Kreislauferkrankungen.

**Marillen-Trank**  
der Marienschulbrüder Recklinghausen,  
vorz. St. Kräfte- u. Kräftigungsmittel  
bei allen Erkrankungen des Knochen-  
systems, bei Bluthochdruck, Appetitlosigkeit  
und Verdauungsstörungen.  
**DROGERIE BRUNS**  
Nordstr. 22.

**Haus**  
mit 10 Räumen (Schlafz. 20) zu verkaufen.  
Joh. Ludwig Becker,  
Eisenhüttenstr. 47B.

**Badenlokal**  
in guter Geschäftslage für besseres  
Spezialgeschäft  
**zu mieten gesucht.**  
Offerten unter 3333 an das Bocholter Volks-  
blatt erbeten.

**Rhede-Alt Rhede**  
**Die Landpächte**  
für die der Pastorat und dem Herrn Bed.  
mann nebst seinen Grundbesitz für die zum  
10. Oktober bei mir einzuzahlen. Entl. Ver-  
änderungen sind mir bis dahin anzugeben.  
Bernh. Treppe, Rhede,  
Bismarckstr. 6

**Karmelitergeist**  
**AMOL** erprobt u. bewährt  
bei Gicht, Lähmung,  
Rheumatismus, Zahn- und Kopfschmerz  
und bei allen Nerven- und Erkältungs-  
schmerzen.  
**DROGERIE BRUNS**  
Nordstr. 22

Wer sparen will, hält nur was über  
wenn er sein Fahrrad kauft bei Pieper.  
**Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.**

**Heinr. Pieper**  
Dixperloerstr. 23.  
Sämtl. Reparaturen sauber, billig und schnell.

**Was liest das Dickerl?**  
  
„Gib, o Mutter  
deinem Sohn  
Dreimal täglich Emulsion  
Oder reinen Lebertran  
Deinem lieben Heinsmann“  
**Drogerie Gebr. Steiner,**  
Markt 8.

**Hinsken's**  
**„Ferkulin“**  
das seit 25 Jahren bewährteste  
Mittel gegen Knochen- und  
Knochenweiche (Krankheit), Gaucherei  
Wundererfolge!  
Biele Anerkennungen!  
Erhältlich:  
**Marktdrogerie Th. Schilling,**  
Rhede, 173861

**Ihre tägliche Kopfpflege**  
zur Erzielung schönen, vollen Haars stellt sich  
am besten bei Verwendung des bewährtesten  
echten **Brennerei-Haarwässers** von  
Apotheker Schwarz, München. Abgabe offen  
Liter Mk. 2.— **Drogerie Bruns, Bocholt.**

Aus edelsten Tabaksorten zusam-  
mengestellt bedeuten die neuen  
**SALEM**  
**ZIGARETTEN**  
mit Goldwappen tatsächlich  
unübertroffene Spitzenlei-  
stungen in allen Preislagen.  
Ein Versuch überzeugt.  
**Vortrefflich bis zum letzten Zug!**



**Everhard Heissen**  
**Ravardistr. 8**  
empfiehlt in großer Auswahl:  
**PELZWAREN**  
eigener Anfertigung, sowie  
**Pelzbesätze**  
in allen modernen Pelzsorten.  
Belegen von Mänteln in kürzester Zeit.

**Empfehle zur Saison:**  
**Küppersbusch-Öfen und Herde,**  
Vielkessel (nach Modell, 30-300 Ltr.  
Neues Modell  
**Rubenschnelder, Häcksel- und**  
**Strohschneidemaschinen.**  
Patent-Hochstahlkotten.  
**Gerh. Meckers, Sudarwick**

**Möbel**  
Gut u. formenschnell  
kaufen Sie am billig-  
sten bei uns.  
Größe Auswahl.  
Angen. Zahlungswe. so.  
Zu erfragen:  
Bocholt,  
Brannschweigerstr. 10.

**Kind**  
10 Monate alt, ein-  
getragener, Vollkom-  
mung und ein hochfr.  
**Kind**  
zu verkaufen.  
**Johann Kraefendrin**  
Wulfstr. 13.

**Sitzringe**  
aus Gummi,  
rund und eckig,  
in versch. Preislagen.  
**Drogerie Bruns**  
Nordstr. 22

**500.—**  
Markt monatlich ver-  
dienen nachweislich un-  
ter Vertretung. Wir  
suchen noch tüchtige  
Herren zum Besuch  
landwirtschaftl. Kreise  
Gothol, Berlin W 57,  
Bismarckstr. 6.

Wer  
wirklich dauerhaft  
bauen will  
verwende in eigenem  
Interesse nur  
**geöltes**  
la. oberrhein.  
**Bauholz**  
von  
**Aug. Böhm**  
Wassel am Rhein  
Dampfsäge- u. Hobel-  
werk (700 PS)  
Tel. 33 und 75.

Ein braves, ehrliches,  
tüchtiges Mädchen  
**Mädchen**  
von 14-17 Jahren ge-  
sucht, am liebsten vom  
Land.  
Näheres in der Ge-  
schäftsstelle des Bl.

**Dienstmädchen**  
nicht unter 18 Jahren,  
welches zu Hause schla-  
fen kann, für ganze  
Tage zum 1. November  
ge sucht.  
Näheres  
Becker,  
Nordstr. 26.

**Kinderfräulein**  
Werbungen erbeten an  
**Jungenhaus,**  
Ritterstr. 11.

**Lehrlingsstelle**  
für Büro und Geschäft.  
Näheres zu erfragen  
in der Geschäftsstelle  
b. Blattes.

**Stärkende**  
**Krankenweine**  
wie Samos, Tarragon  
u. w. erhalten Sie  
infolge des großen Um-  
satzes in diesen Weinen  
zu staunend niedrigen  
Preisen in der  
**Drogerie Bruns,**  
Nordstr. 22, Fernr. 2113

**90 %**  
kitten verkauft,  
wenn sie nicht die  
einzig richtige  
Gebrauch-  
Anweisung  
vom „Leitfaden-Ritt“  
beachten.  
Sie haben:  
**Drogerie Bruns,**  
Nordstr. 22.

Gymnastik sucht  
**Kost und Logis**  
Offerten mit Preis-  
angabe unter B 3336  
an die Geschäftsstelle  
b. Bl. erbeten.

**Scott's**  
**Emulsion**  
ist in der ganzen Welt seit  
vielen Jahren der beste  
Freund unserer Kinder.

**SCOTT'S EMULSION** dient zum Aufbau  
der Knochen, führt dem Körper die  
wichtigsten Nährstoffe zu, wie Vitamine,  
Phosphor, Kalk und Fette in leicht  
verdaulicher Form. Ihr Hausarzt wird  
Ihnen das bestätigen.  
Man verlange aber stets die echte SCOTT'S  
EMULSION, die in allen Apotheken und  
Drogerien für 3.— M. zu haben ist.  
Depots:  
**Stern-Drogerie Steiner & Grote**  
Ravardistr. 41

**CAPITOL-THEATER**  
Bocholt. 1200 Sitze. Ravardistr.  
**Nur noch Mittwoch und Donnerstag**  
**kommen**

**Die**  
**Gauner im Frack.**  
Der neue lustige Emelka-Film.  
6 Akte!  
Ein Film von kessenen Jungen und hübschen Frauen — von  
Einbruch, Diebstahl, Liebe — und von anderen schwierigen  
Angelegenheiten. In den Hauptrollen: **Paul Heidemann,**  
**Nils Asther, Mary Kid, Suzy Vernon.**  
Großer Lacherfolg!

Der große Sensations-Wildwest-Film:  
**Die Goldmine in Texas.**  
Ein echter Wildwest-Film in 6 Akten mit dem bekannten  
Cowboykönig Tom Tyler.  
Das Lustspiel:  
**Mechanik und Liebe.**  
Großes Orchester unter Leitung d. Kapellmeisters Konny  
Linke. Am Abend 8 Uhr Karl Pöhler.

**Ein inhaltsschwerer Gutschein!**  
Neuen Abonnenten, welche unter Beilage dieses Gutscheins  
und unter deutlicher Angabe ihrer genauen Adresse das  
Sonntagsbuch, Deutsche Romanbibliothek, auf ein ganzes  
Jahr bestellen und sich verpflichten, zu jedem Monatsanfang  
70 Pfennig auf unser Postcheckkonto München 9311 einzu-  
senden, erhalten  
1. vom Tage der ersten Monatszahlung ab das Sonntags-  
buch wöchentlich fortlaufend geliefert,  
2. nach der dritten Monatszahlung  
**einen vollen Jahrgang des Sonntags-  
buches gratis u. portofrei zugesandt.**  
Abonnenten, welche den ganzen Abonnementsbetrag in  
Höhe von M. 8.40 (einschl. der Postverweilungsgebühren)  
voraus zahlend, erhalten sofort den gesammelten Jahrgang  
geliefert.  
Für die Gratistlieferung kommen in Betracht die Jahrgänge  
des Sonntagsbuches von 1924, 1925 und 1926, von welchen  
jeder einen Verkaufswert von Mk. 7.20 besitzt und  
12 Meisterromane enthält. Der gesammelte Jahrgang  
des Sonntagsbuches ist die beste und interessanteste Lektüre  
auf viele Monate hinaus und eignet sich namentlich auch zu  
Geschenkwegen.  
Neben dem kostenfrei übersandten gesammelten Jahrgang  
beziehen die Abonnenten wöchentlich eine neue Nummer des  
Sonntagsbuches, die ihnen viele Stunden des edelsten Genusses  
bereitet.  
Für den Fall, daß der Vorrat an gesammelten Jahrgängen  
aufgebraucht ist, werden die verspäteten Einzahlungen unter  
Abzug des Portos zurückgesandt. Eine baldige Einzahlung  
empfiehlt sich deshalb allen Interessenten von selbst.  
**Verlagsanstalt München, G. m. b. H.**  
München, Ludwigsplatz 17a.

**Halb**  
ZU DIESEN ZAHLEN:  
Unregelmäßige Verdauung, Kopf-  
schmerzen, Müdigkeit od. Schlaflosigkeit  
Hier heisst es auf der Hut sein und der  
Entwicklung eines Leidens beizeiten vor-  
beugen durch das erprobte u. bewährte  
**DR. HUBENERS LEBENS-SALZ**  
SCHACHTEL & CO. 12 IN APOTHEKEN U. DRUGERIEN  
Depot: **Drogerie Bruns, Nordstr. 22.**

**Nicht neu**  
schon viele Jahre  
kauft man „Sprötlin“  
(Hautheil) das Beste  
gegen Flechten, Haut-  
jucken, Schuppen,  
Pickel, Schnupfen,  
Hist. Schweiß, Krätze,  
Beinschäden, Hämor-  
rhoiden, 1000 000 fache  
bewährt. 100 Gr. Pack.  
R.-Mk. 2.— Je 80 Gr.  
„Sprötlin-Seife“ oder  
Tee 60 Pfg. „Sprötlin-  
Crem“ 80 Pfg. Marian-  
Apotheke, Nordstr. 11

  
**Kind, warum nimmst Du  
keinen richtigen Ullstein Schnitt?**  
Wärest Du mir gefolgt, hättest Du einen von den neuen  
„sprechenden“ Ullstein-Schnitten gekauft, so hättest Du  
Zeit und Anruf bei Tante Emma erspart! Nimm endlich  
Vernunft an! Mach Dir das Leben nicht so schwer! Nimm  
Ullstein-Schnitte! Verlange den neuen „Sprechenden“! Der  
sagt Dir von selber, was Du wissen willst! Jeder Schnittteil  
ist bedruckt! Sagt, was er vorstellt! Ob er Ärmel ist, ob  
Schulter oder Kragen. Wie er zu behandeln ist, wo anzusetzen.  
Geh zu  
**J. B. Löwenstein**

**Rhede**  
Erklärung des  
Stadtrates des  
Amtes der Stadt  
von Bocholt  
am 2. November  
1926  
Organ  
der Gemeinde  
Nr. 1  
Reichs-  
Reichs-  
Der im Zuge der  
gegangenen Freitag  
schulgeheimt wurde  
Beobachtung, daß  
demokratischen  
Bed. der niederran-  
Instruktion neben  
die preussischen  
ist deutlich angeme-  
nicht wohl möglich.  
Entscheidung über  
zur Vorlage  
der „Germania“  
freilich, sehr begün-  
genannten, aber mit  
trauten Zentrum  
licht worden. Diese  
fann, in der sonst  
stehenden liberalen  
keine Entgegnung  
häft der preussische  
des Abgeordneten  
Selbständigen, die  
es für klüger halten,  
stillschweigend die  
Der Verfasser des  
verhandlungen sehr  
dem Streit um  
mungen der Re-  
schon dahin ausge-  
Dedung benutzt, um  
eigene und gegen  
dem man das eigene  
fremde als verfaßlich  
in dem Artikel unter  
preussischen Anträge  
„Die Verfassung“  
Auslegungsfähigkeit ge-  
festigt, analysiert, un-  
bedungen lobten. Das  
ist wie ein Bild der  
Welt ist das Bild  
und auch jegliche  
Daß für die Blätter  
Ergebnisse — noch  
die liberale Freiheit  
auch bei der Verfaß-  
abgeschloffen, im  
Junktur entgegenge-  
ein Verfaßlich  
den Verträgen  
Reichsstaatsvertrags  
der 1919 in der  
gründung, die erste  
hafte Dinge enthalten  
gründung enthält  
man es durchaus  
fische Staatsm  
eigen gemacht, f  
antwortung dafür  
nämlich dem Reu  
dieser zweiten  
als verfaßlich  
Seite 5 die „Tafel  
schick er jetzt darü  
lich in der Reichs  
haben diese breiter  
der Verfassung ihr  
das ist noch zu viel  
star zu werden. Ohn  
Aber noch viel er  
„Reifen“ augenschei  
t ist in der Verfa  
wie aus dem sehr  
erst in allerjüngst  
kapitaler Bedeutung  
Der Verfasser ma  
sche Proben deutlic  
„Die Verfassung“  
falschen Lage, befe  
lung der preuss  
ung über den Ein  
Punkten nicht bloß  
in ihr Gegentei  
auf dem Standp  
schulteil, aus der  
stehen. Wie auch  
schönen Folgerun  
beim besten Willen  
als m a h o s und  
als m a h o s und  
bestehenden Verfa  
werden, wenn nicht  
nischarakteristis  
durchgesetzt wird.  
Schulen sollen Geme  
die in Betracht kom  
3 weil drittel m e h  
langen! Nach vor  
den Schließlichen  
preussische Unte  
einige Dinge ga  
stand sie auf dem  
der drei Schular  
hat sie am 2. Nov  
me u. d. d. d. d. d.  
aus nicht der ein  
Die jetzt vom ein  
nicht mehr verein  
des Reichstages  
als beantragt zu  
(Schulgesetz) Entw  
preussischen Unter  
aufgestellten wä  
nung. Aber das  
ist stark veränd  
den es weiß, führt